

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

18.11.2021

# Inhalt

## EWN

### 1 | **Kein Atommülllager auf Rügen und Hiddensee**

*Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 18.11.2021* ..... 3

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 18.11.2021 | S. 10

📄 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

👤 Iris Leithold

## Kein Atommülllager auf Rügen und Hiddensee

### Zweifel an geologischer Eignung / Optionen für Suche nach einem Endlager in MV werden weniger

Die Nachricht dürfte auf den Inseln Rügen und Hiddensee für Erleichterung sorgen: Von den in MV infrage kommenden Gebieten für ein Atommüll-Endlager ist Rügen-Hiddensee mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Option mehr. Der geologische Dienst des Landes gab im Suchprozess zu bedenken, dass eine Mindestanforderung - die Dicke des Wirtsgesteins von mindestens 100 Metern - in der Region nicht durchgängig erreicht werde.

Der Geschäftsführer der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), Steffen Kanitz, sagte bei einer Online-Bürgerkonferenz zur Endlagersuche gestern, man werde in der Bewertung der vorgelegten Daten möglicherweise schnell zu dem gleichen Schluss kommen. Die BGE hatte in einem ersten Schritt der Endlagersuche vorhandene Unterlagen zu geologischen Formationen in ganz Deutschland ausgewertet und danach 46 Prozent der Landesfläche von der weiteren Suche als ungeeignet ausgeschlossen.

In Mecklenburg-Vorpommern gilt nach einem Zwischenbericht der BGE aus dem September 2020 ebenfalls rund die Hälfte der Landesfläche als Option. Da-

von ist Rügen-Hiddensee nun mit hoher Wahrscheinlichkeit passé. Weiter geprüft werden hingegen der Salzstock Werle südlich von Neustadt-Glewe (Landkreis Ludwigslust-Parchim) und weitflächig verbreitete Tonsteine vor allem im Westen von MV. Umweltminister Till Backhaus (SPD) sprach sich bei der Konferenz gegen eine Rückkehr zur Atomkraftnutzung in Deutschland aus. Er gehe davon aus, dass mit der Abschaltung der letzten sechs noch aktiven Kernkraftwerke bis Ende 2022 dieses Zeitalter in der Bundesrepublik abgeschlossen sein werde, sagte er. Backhaus, dessen Ministerium auch für den Strahlenschutz in MV zuständig ist, erinnerte an die schwerwiegenden Unfälle in den Kernkraftwerken Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011.

Mit Blick auf die Klimakrise will etwa Frankreich neue Atommeiler bauen. Polen plant den Einstieg in die Atomkraft. Auch in der Bundesrepublik gibt es Debatten über ein mögliches Wiederaufleben der Kernenergie aus Klima-Gründen. Die AfD im Schweriner Landtag bezeichnete Backhaus' Haltung als „Harakiri“ und Deutschlands Weg einen Sonderweg.